

TAGUNGEN

Sozialpolitik in der sozialen Marktwirtschaft

Im Dezember 1953 trat die Mitgliederversammlung der Gesellschaft für sozialen Fortschritt im Bonner Bürger-Verein zusammen. Sie nahm zunächst den Jahresbericht des Vorsitzenden, *Prof. Dr. Sitzler*, entgegen. Dann unterbreitete der stellvertretende Vorsitzende, *Prof. Dr. Preller*, die Pläne der Gesellschaft für die künftige Arbeit, die sich teils in Ausschüssen, teils in kontradiktorischen Gesprächen, teils in Vortragsveranstaltungen vollziehen wird. Für die Ausschubarbeit sind folgende Untersuchungsthemen vorgesehen: „Sozialpolitische Konsequenzen der europäischen Integration in deutscher Sicht“, „Die Stellung der Familie in der Sozialpolitik“ und eventuell „Zentralisation und Dezentralisation in der Rentenversicherung“. In den Gesprächen sollen „Soziale Marktwirtschaft und Sozialpolitik“, „Grundsatzfragen der sozialen Sicherung“ und „Sozialprobleme der freiberuflich, insbesondere der geistig Tätigen“ behandelt werden.

Aus dem Vorstand der Gesellschaft schieden aus: *Min.-Rat Dr. Rappenecker* (Freiburg) und *Erich Bührig* (Düsseldorf). An ihrer Stelle wurden die MdB *Heinrich Lünendonk* (Frankfurt) und *Willi Richter* (Düsseldorf) gewählt. Erich Bührig wurde Mitglied des Beirats, der aus 36 „Vertretern von Verbänden und Institutionen, die auf dem Gebiet der Sozialpolitik tätig sind sowie sozialpolitisch interessierten Persönlichkeiten besteht“. (Der DGB ist im Beirat außerdem durch *Walter Freitag* und *Fritz Fricke*, die Gewerkschaften sind durch *Wilhelm Gefeiler*, *Hans Jahn* und *Alex Langhans* vertreten.) In ' der Zusammensetzung des Beirates fällt auf, daß er bis auf die Vertreterin des Auswärtigen Amtes frei von weiblichen Mitgliedern ist. Das ist ein offensichtlicher Mangel. Gerade im sozialen Bereich kann am wenigsten auf die ausreichende Mitarbeit der Frauen verzichtet werden. Selbst auf die Gefahr hin, die Sollzahl des Beirates zu überschreiten, wäre eine Erweiterung durch weibliche Vertreter angebracht.

Im Rahmen der Mitgliederversammlung fand eine öffentliche Tagung statt, auf der *Prof. Dr. Preller* seine Eindrücke vom Basler Kongreß der Internationalen Vereinigung für sozialen Fortschritt darlegte und *Prof. Dr. Bogs* von der Akademie für Arbeit, Politik und Wirtschaft in Wilhelmshaven-Rüstersiel über die Arbeit des „Ausschusses zur Erörterung einiger grundsätzlicher Fragen einer Reform der sozialen Krankenversicherung“ berichtete. Eingeleitet

wurde diese Tagung durch Ausführungen von Prof. Dr. Sitzler zum Thema „Sozialpolitik in der sozialen Marktwirtschaft“. Aus seiner Rede sind folgende Abschnitte besonders wichtig:

„Die Einstellung der Sozialpartner scheint mir realistischer als bisher und gleichzeitig von gesteigerter gesamtwirtschaftlicher Verantwortung getragen. Damit sind günstigere Voraussetzungen für die Lösung der aktuellen gesellschaftlichen Aufgaben gegeben. Allerdings darf der Optimismus nicht so weit gehen, die Schwierigkeiten, die die Zusammenarbeit der Sozialpartner bietet, zu übersehen. Der Unternehmer denkt von der Rentabilität, der Arbeiter vom Lebensunterhalt her. Auch der beste Verhandlungswille ändert nichts daran, daß die Arbeitskraft Kostenfaktor ist und daß die Bestimmung der Lohnhöhe einen echten Interessenkonflikt ausgleichen muß.

Je sozialer die Marktwirtschaft sein will, um so weniger kann sie diesen Konflikt durch ein Ausweichen über den Preis lösen. Auch die betriebliche Sozialpolitik mit all ihrem Reichtum an Leistungen und Einrichtungen zugunsten der Belegschaft wird sich immer wieder die Gewissensfrage vorlegen müssen, ob sie sich in die soziale Marktwirtschaft einfügt, ohne den richtigen Preis der betrieblichen Produkte zu verfälschen; denn was dem betrieblichen Interesse dient, braucht nicht immer auch dem volkswirtschaftlichen zu entsprechen, und letzteres beansprucht den Vorrang.

Man darf vor dem natürlichen Interessenkonflikt zwischen wirtschaftlicher und sozialer Betrachtung weder die Augen verschließen noch sich mit Scheinlösungen begnügen, die immer irgendwie bezahlt werden müssen.

Es gilt, den schönen Wunsch der Sozialpartnerschaft zu erfüllter Wirklichkeit werden zu lassen. Gespräche zwischen den Spitzenverbänden dürfen keine Sensation mehr sein; sie müssen selbstverständliche regelmäßige Übung werden. In ihnen muß Stück um Stück eine echte soziale Selbstverwaltung aufgebaut werden, welche die unentbehrliche, aber auch die sicherste Grundlage einer wahren Demokratie darstellt.

Über die Leitgedanken für die Lösung von Konflikten ist man einig: Die Wirtschaft muß sozial sein und die Demokratie muß funktionsfähig bleiben. Die öffentliche Meinung wünscht keine Kampfsituation, wo bei gutem Willen Verständigung möglich ist. Sie will auch keine Schwärmereien, die von den eigentlichen Sozialproblemen, die meist recht nüchterner Art sind, nur ablenken. Das deutsche Volk ist gegenwärtig sehr aufgeschlossen und neuen Gedanken und Entwicklungen zugänglich. Man weiß nicht, ob alle Versuche gelingen und ob sie harten Bedingungen standhalten werden. Aber zwei Dinge müssen auf jeden Fall gelingen und bestehen bleiben: nämlich die Aner-

kennung gesamtwirtschaftlicher und gesamtpolitischer Verantwortung und die Methode des kontinuierlichen Interessenausgleichs.

Zu den Fragen, die ernster Betrachtung und vertiefter neuer Prüfung bedürfen, gehört der heute so geläufige Begriff der sozialen Marktwirtschaft. Eine Polemik gegen die Marktwirtschaft als solche ist nicht mehr aussichtsreich. Mit ihr muß sich heute jeder abfinden, der positiv mitarbeiten will. Aber auf die Herausarbeitung des Unterschieds zwischen der herkömmlichen Marktwirtschaft und der sozialen, darauf kommt es an. Von diesem Unterschied hängt die weitere Entwicklung ab.

Wird das Vertrauen, das die Wähler in so hohem Maße auf den Sozialgehalt der Marktordnung gesetzt haben, getäuscht, wird in den nächsten vier Jahren nicht eine entsprechende soziale Leistung erbracht, so kann die nächste Wahl ein Todesurteil für das ganze marktwirtschaftliche System bedeuten.

Unter dem Druck dieser Verantwortung steht die Regierung, stehen die Parteien der Regierungskoalition, steht vor allem die Wirtschaft. Und auch dieser Druck hilft mit, die sozialen Auseinandersetzungen verbindlicher und ergiebiger zu machen. Gute Absichten, Vertröstungen auf später genügen nicht mehr; hier und jetzt muß sich die Marktwirtschaft sozial erweisen.

In der sozialen Marktwirtschaft ist das Soziale schon begrifflich bejaht. Die Sozialpolitik bildet keinen Fremdkörper in einer ihr wesensfremden Wirtschaftsordnung, sondern sie findet ihren legitimen Platz im wirtschaftlichen System. Soziale Maßnahmen sind nicht mehr systemwidrige Interventionen, sondern bilden einen integrierenden, wenn auch besonders gearteten Teil der Wirtschaftsordnung.

Es wäre ein Rückfall, wenn man sich auf die Produktions- und Konsumkraft der Wirtschaft allein verlassen und hoffen wollte, daß sich der notwendige soziale Erfolg — so oder so — von selbst einstellen werde. Die soziale Marktordnung folgt nicht automatisch aus dem Marktgeschehen; sie muß durch regulierende, korrigierende und kontrollierende sozialpolitische Eingriffe sichergestellt werden. Die Theorie der sozialen Marktwirtschaft, um die wir uns alle bemühen sollten, muß der Sozialpolitik mehr Bedeutung zumessen als die herkömmliche Marktwirtschaft, deren soziale Gefahren gerade aus dem unverbundenen Neben- und Gegeneinander der Wirtschaft und Sozialpolitik erwachsen. Heute können und müssen wir beide Seiten zu lebendiger Einheit fügen; eine Aufgabe, die ohne die enge Zusammenarbeit der Sozialpartner nicht zu meistern sein wird.“

Dr. F. DEUS